



Roderich Kiesewetter
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede zu Protokoll vor dem Deutschen Bundestag

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU / CSU und FDP „Tokio-Konferenz zu einem entwicklungspolitischen Erfolg führen“ (TOP 15)

(Drucksachen 17/9923)

Berlin, 14.06.2012

Herr Präsident!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich, daß wir heute einen für unser gesamtes AFG-Engagement so wichtigen Antrag beraten – er ist entwicklungspolitisch bedeutsam, mehr noch: Er paßt in unsere außenpolitische Strategie. Deshalb möchte ich meine heutigen Ausführungen auf diese außenpolitische Dimension konzentrieren, da der entwicklungspolitische Kern bereits intensiv erörtert wurde.

Der vorliegende Antrag steht nicht isoliert für sich selbst, sondern ist die konsequente Fortschreibung der politischen Beschlüsse, die sich mit der Neuausrichtung unseres außen- und sicherheitspolitischen Ansatzes in Afghanistan beschäftigen. Als wir Anfang des Jahres das neue Mandat für ISAF mit großer Mehrheit verabschiedet haben, war es unser zentrales Anliegen, die Anschlussfähigkeit der bis 2014 laufenden Transition an das sich anschließende Transformationsjahrzehnt (2015-2024) sicherzustellen.

Diese kohärente Planung aus Stärkung des zivilen politischen Prozesses und Übergabe der Sicherheitsverantwortung wird einerseits durch die beschlossenen Schwerpunkte des ISAF Mandates und andererseits durch die Ergebnisse der Bonner Afghanistan-Konferenz vom Dezember 2011 gewährleistet – ich habe bei der 1. Lesung zum neuen Mandat ausgeführt, daß ich beides zusammen für eine erhebliche politische Leistung dieser Bundesregierung und ihrer Partner halte. Bei dieser Neuausrichtung haben wir auf vier Aspekte besonderen Wert gelegt:

1. Stärkung der Ausbildung der ANSF,
2. Restrukturierung DEU Einsatzkontingent,
3. Regionale Einbettung des Transition-Prozesses,
4. Ausrichtung des zivilen Engagements.



Da wir heute über die künftige Ausrichtung des zivilen Engagements –und hierbei insbesondere des entwicklungspolitischen Anteils– diskutieren sowie grundsätzlich die sicherheitspolitisch notwendigen Entscheidungen getroffen haben, möchte ich im weiteren gerne auf die regionale Einbettung unserer künftigen Afghanistanpolitik bei den nördlichen Anrainerstaaten abheben.

Es wurde durch die Kollegin Pfeiffer völlig zu recht darauf hingewiesen, daß im Verlauf der Transformationsdekade der Schwerpunkt von der Umfeldstabilisierung hin zu einer noch stärkeren Fokussierung auf eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit erfolgen muß. Gleichzeitig bleibt die Stabilisierung Afghanistans untrennbar mit der Stabilität in der Region verbunden – dieser außenpolitische Zusammenhang wird insbesondere in der ersten Hälfte des Jahrzehnts von 2014–2019 zu beachten sein. Und dieses vor dem Hintergrund der Tatsache, daß regionale Zusammenarbeit trotz der Vielzahl regionaler Organisationen und bilateraler bzw. trilateraler Gipfelprozesse sowohl politisch als auch ökonomisch und gesellschaftlich unterentwickelt ist. Die Gründe hierfür sind laut Antwort der Bundesregierung (Drs. 17/6218) auf die kleine Anfrage der Kolleginnen und Kollegen der GRÜ vom letzten Jahr „unter anderem regionale politische Konflikte, unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungsstände, divergierende wirtschaftliche Interessen und gegenseitiges Misstrauen. Weitgehende Einigkeit herrscht hinsichtlich der gravierenden regionalen Probleme: Terrorismus, Extremismus, Drogenhandel, Flüchtlinge.“

Wir werden also weiterhin aufpassen müssen, daß insbesondere in und mit den nordafghanischen Anrainerstaaten Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan kein Konfliktpotential durch eine wahrgenommene Bevorteilung Afghanistans entsteht. Denn wir als Deutsche und die internationale Gemeinschaft wollen das Finanzierungsniveau für entwicklungspolitische Maßnahmen auf hohem Niveau halten. Es gilt das Störpotential im Zusammenhang mit den in Nordafghanistan beheimateten ethnischen Minderheiten so gering wie möglich zu halten.

Die Bundesregierung fördert bspw. seit 2010 ein Programm mit dem Titel: Pakistan – Afghanistan – Tadjikistan Regional Integration Programme (PATRIP). Dessen Zielsetzung ist –ich beziehe mich hier wieder auf die erwähnte Antwort der Bundesregierung– „die Förderung des grenzüberschreitenden Handels und Austauschs, um einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilisierung der volatilen Grenzregionen zu leisten. Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen werden in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung geplant und umgesetzt. Seit 2010 wurden grenzüberschreitende Projekte an der Grenze Afghanistan-Tadschikistan sowie an der Grenzregion zu Pakistan (Brücken, Bewässerungskanäle, Reparatur von Wasserkraftwerken) durchgeführt.“



Diese außenpolitische Dimension unseres Engagements in Afghanistan ist seit langem erkannt, muß jedoch in der ersten Hälfte der Transformationsdekade weiter berücksichtigt werden. Dafür werbe ich heute!

In Ergänzung dieses richtigen Ansatzes müssen bei grenzüberschreitenden Aktivitäten die Anstrengungen der NATO zur Sicherung ihrer Versorgungsrouten bis 2014 gesehen werden. Das wird viel Geld kosten. Von diesen Regelungen profitieren die Anrainerstaaten ausdrücklich – ein erstes Abkommen mit Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan wurde durch die NATO bereits unterschrieben. Allerdings werden wir noch zusätzliches politisches Kapital investieren müssen, um die regionale Einbettung des komplexen Überganges von Transition zu Transformation zu organisieren und dann in der ersten Phase der Transformation zu stabilisieren. PATRIP und Logistikabkommen sind wichtig, aber politisch kommt es darauf an, wie wir die nördlichen Anrainerstaaten dabei einbinden wollen und können, ohne bestehendes Konfliktpotential zu vergrößern. Es ist unsere politische Aufgabe, unsere wesentliche Leistung, dieses Konfliktpersonal auszuloten und deutlich zu reduzieren.

Die regionale Zusammenarbeit wird weiterhin nur langsam und schrittweise verbessert werden können. Vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Akteuren der Region sind in erster Linie über verstärkte Zusammenarbeit bei Handel, Infrastrukturmaßnahmen, Energiekooperation, Wassermanagement oder ähnliches zu realisieren. So kann es uns aber gelingen, die Transformationsdekade auch in der Region abzustützen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!